Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind.
Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Auftragseingänge gehen zurück**
   Die Auftragseingänge in der Industrie sind vorläufigen Angaben zufolge1 im September preis- und saisonbereinigt2 um 2,5% zurückgegangen, nachdem sie sich im August aufwärts revidiert um 1,9 % erhöht hatten. Der Umfang an Großaufträgen war für einen September unterdurchschnittlich. Die Nachfrage bei den Herstellern von Investitionsgütern, die erfahrungsgemäß etwas stärker schwankt, schwächte sich deutlich um 3,7 % ab. Bei den Vorleistungsgüterproduzenten ging das Ordervolumen um 0,9 % und bei den Herstellern von Konsumgütern um 1,4 % zurück. Die Inlandsbestellungen nahmen mit -2,9 % stärker ab als die Auslandsbestellungen (-1,9 %).
   Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft [PDF – 24 KB]

   Anmerkung: *Vermutlich können wir demnächst wieder hören, der Auftragsrückgang läge vor allem an der Debatte um die Verlängerung des Arbeitslosengeldes.*

2. **Ende des Baubooms**
   In Deutschland werden immer weniger Wohnungen und Eigenheime gebaut. Eine Erholung am Markt ist kaum in Sicht, denn für die Zukunft wird ein weiterer Rückgang erwartet. Grund ist die Abschaffung der Eigenheimzulage. In diesem Jahr werden die Umsätze beim Bau von Häusern und Wohnungen voraussichtlich vier Prozent niedriger bei 25,9 Milliarden liegen, im kommenden Jahr dürften sie nochmals um etwa 9,5 Prozent auf 23,4 Milliarden Euro sinken, erklärte der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes (ZDB), Hans-Hartwig Loewenstein, mit. Bei Ein- und Zweifamilienhäusern seien die Genehmigungen in diesem Jahr um 42 Prozent eingebrochen, bei Mehrfamilienhäusern sei der Rückgang mit 16 Prozent geringer.
   Quelle: Tagesspiegel

   Anmerkung: *Ein Beispiel unter vielen wie volkswirtschaftlich kontraproduktiv das Sparen am falschen Ende für die Konjunktur ist.*

3. **Dumpinglöhne für Post-Subunternehmer**
   Was viele nicht wissen: Viele Postdienstleistungen, wie z.B. Briefkästen leeren, werden inzwischen von Taxifahrern oder Pizzalieferanten erledigt. Und: Die Post drängt die Subunternehmer, die Kosten drastisch zu reduzieren. Offiziell setzt sie sich dagegen vehement für den Post-Mindestlohn ein.
   Die Post ist enorm doppelzüngig. Warum? Sie hat bisher schon über 1.800 Subunternehmer zugelassen, die die Transporte machen zu den Briefkästen, und die sind außertariflich und dort werden Hungerlöhne bezahlt. Sie hat Subunternehmen in Dienst genommen und gezwungen Löhne zu bezahlen, die bei vier Euro, 4,50 Euro liegen.
   Für Mindestlohn eintreten, wenn es ihm nützt. Niedriglöhne fördern, wo es geht. Das ist die Politik von Klaus Zumwinkel. Übrigens: 2006 verbesserte sich seine Vergütung um 27 Prozent auf 4,2 Millionen Euro.
   Quelle: Fakt MDR
4. **Was ist »gute Arbeit«?**
   DGB-Index nimmt Qualität von Arbeitsverhältnissen unter die Lupe. Politik der »Agenda 2010« führte zu Verschlechterungen
   Quelle: junge Welt
5. **Monopolkommission fordert harte Maßnahmen gegen Stromkonzerne**
   Jetzt ist es amtlich: Laut Monopolkommission gibt es auf dem deutschen Strom- und Gasmarkt keinen Wettbewerb. Die Experten verlangen ein hartes Vorgehen gegen die Konzerne. Ein Minister benennt den Vorwurf erstmals konkret: Manipulationen an der Leipziger Energiebörse.
   Quelle 1: Spiegel Online
   Quelle 2: Monopolkommission [PDF – 76 KB]
6. **DIW-Studie: Jeder zweite Deutsche hat keine Ersparnisse**
   Die reichsten zehn Prozent der Deutschen besitzen fast zwei Drittel des gesamten Volksvermögens, die ärmste Hälfte dagegen fast nichts. Die Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) bestätigt die Sorgen vieler Bürger, dass die Reichen immer reicher werden, während die große Masse gerade über die Runden kommt. Die Studie zeigt auch, wie groß die Unterschiede zwischen Ost und West noch immer sind. Das Durchschnittsvermögen eines Westdeutschen ist 2,6 mal höher als das eines Ostdeutschen; Ostdeutsche sind eher verschuldet und besitzen seltener Wohneigentum. Auch Frauen sind benachteiligt. Ihr Kapital ist im Schnitt fast 30 000 Euro niedriger als das von Männern. Besonders gering sind die Ersparnisse von Migranten.
   Quelle: SZ

Anmerkung: *Aber die Erbschafssteuer, mit der die Fortschreibung der Ungleichheit auch nur ein klein wenig abgemildert werden könnte, darf natürlich nicht erhöht werden.*

7. **Überschuldung privater Haushalte im Jahr 2006**
   Überschuldung und finanzielle Schwierigkeiten sind oftmals gleichbedeutend mit Armut und Ausgrenzung. Um die Datenlage zu diesem Thema zu verbessern, wurden erstmals zum Jahresende 2006 die Angaben von 33 000 überschuldeten Personen statistisch ausgewertet. Daraus ergibt sich, dass die von einer Schuldnerberatungsstelle beratenen Personen im Durchschnitt mit 37 000 Euro verschuldet sind, bei einem Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder von monatlich 1.144 Euro. Mehr als die Hälfte aller beratenen Personen war arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit war auch bei knapp einem Drittel Auslöser der finanziellen Misere.
   Quelle: Statistisches Bundesamt [PDF – 260 KB]

   Anmerkung: *Wie meldete doch die Deutsche Bundesbank im Juni 2007: Die Deutschen sind im Durchschnitt reicher geworden. Ihr Geldvermögen legte um 225 Milliarden oder 5 Prozent auf gut 4,5 Billionen Euro zu. Es hat sich damit – statistisch gesehen – seit 1991 pro Haushalt fast verdoppelt.*

8. **Vorratsdatenspeicherung: Es wird die gesamte Bevölkerung treffen**
   Aktionstags-Koordinator Cristof Remmert-Fontes über die Folgen der Daten-Sammelwut des Staates: Das bedeutet faktisch den Wegfall privater Kommunikation. Bisher gibt es ein ganz striktes gesetzliches Verbot der Datenerhebung und Speicherung von Telekommunikationsdaten, wenn diese nicht zu Abrechnungszwecken benötigt werden. Mit der Vorratsdatenspeicherung wird dieses Verbot aufgehoben. Unsere komplette Kommunikation über Telefon und Internet wird dann erfasst. Über das Handy lässt sich zusätzlich ein relativ umfangreiches Bewegungsprofil erstellen. Es werden also Daten gespeichert, die bisher nicht gespeichert werden durften. Und zwar pauschal von jedem Bürger, egal ob er sich einer Straftat verdächtig macht oder nicht. Die Strafverfolgung wird nicht verbessert, ebenso wenig wie mit der Online-Durchsuchung. Terroristen haben doch andere Mittel und Möglichkeiten. Es wird nur die kleinen Fische treffen. Und natürlich die Bevölkerung.
   Quelle: FR
9. **„Strukturelle Probleme“ – Oder die Kunst der Verschleierung**
   Kaum ein anderer Begriff wurde in den letzten fünfzehn Jahren so oft verwendet, um gähnende Leere, ja gigantische Hohlräume zu kaschieren, wie der Begriff der “Strukturellen Probleme”. Wer gar nicht mehr weiß, wo im reichen Deutschland noch ein Schreckgespenst hergenommen werden könnte, um das Volk (einschließlich der

rechtgläubigen Katholiken Bayerns) damit dahin zu scheuchen, wo man es braucht, der greift zum "Strukturellen Problem" und gibt sich damit selbst ein eigenes kleines Ermächtigungsgesetz.
Unter der Leerformel von der Strukturellen Reform lässt sich praktisch alles durchsetzen, denn der Sachverstand, der hinter dieser Phrase noch nach Sinn und Unsinn, nach den Nutznießern und den Verlierern suchen könnte, der scheint unter den Politikern und ihren Hof-Experten, auch unter der Opposition und der sog. Freien Presse, seit langen Jahren einen tiefen Schlaf zu schlafen.
Quelle: Egon W. Kreutzer

10. **Uni Gießen zieht Studiengebühren vorläufig nicht mehr ein**
Letzte Woche hatte das Verwaltungsgericht Gießen in einem Eilverfahren zugunsten eines Studiengebührengegners entschieden. Das Präsidium der Uni hat nun Konsequenzen gezogen und will in allen vergleichbaren Fällen vorläufig auf die Gebührenerhebung verzichten. Gleichzeitig wird eine Beschwerde vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts erhoben. Hunderte Studierende müssen erst einmal nicht zahlen.
Quelle: Studis Online
11. **Studentischer Dachverband begrüßt Einigung der Koalition zur BAföG-Erhöhung**
Das BAföG wird für Studierende und Schüler ab dem 1. Oktober 2008 um zehn Prozent erhöht. Ebenso sollen die Elternfreibeträge um acht Prozent steigen. Diese Einigung der Koalition gab SPD-Chef Peter Struck heute der Presse bekannt. Damit hat sich die Koalition gegen die erklärte BAföG-Gegnerin Anette Schavan durchsetzen können. Diese hatte bereits zu Beginn ihrer Amtszeit das BAföG als "Auslaufmodell" bezeichnet. Diese Erhöhung des BAföG decke lediglich die Entwicklung der Einkommens- und Preisentwicklung seit 2001. Es bedürfe prinzipiell einer gesetzlichen Regelung für eine dauerhafte jährliche Anpassung der Ausbildungsförderung.
Quelle: fzs
12. **Professoren auf Kundenfang**
Die Bundesländer verbieten ihren Unis, gewinnorientiert zu arbeiten. Mit allerlei Tricks und komplizierten Geschäftsmodellen versuchen die Hochschulen, dennoch Geld zu verdienen.
Quelle: FTD

Anmerkung: *Eigentlich ist es nur konsequent, wenn Lehrende und Forschende zu « Unternehmern innerhalb der unternehmerischen Hochschule » (Innovationsminister Pinkwart) werden sollen.*
Im Übrigen geht der Beitrag von falschen Annahmen aus: Die Hochschullehrer durften

schon immer (bezahlte) Nebentätigkeiten ausüben: Universitäts-Klinikdirektoren verdienten mit ihren Krankenstationen üppig, Architekten betrieben nebenher ihr Architekturbüro und Ingenieure ihre Firma, es gab sog. An-Institute, Herr Raffelhüschen z.B. konnte unbeanstandet für MLP honorierte Vorträge halten etc.

13. **Bildung als Privatsache: Privatschulen und Nachilfeanbieter auf dem Vormarsch**
„Deutsche Eltern lieben Privatschulen“, „Privatschulen boomen“ – so oder ähnlich lauten in jüngster Zeit viele Schlagzeilen. Oft wird dabei unter Bezug auf die PISA-Ergebnisse die ungeprüfte Aussage wiederholt, Privatschulen seien besser als öffentliche. Verfechter des öffentlichen Schulwesens reagieren alarmiert und die Lobbyisten des Privatschulwesens rechnen vor, dass sie zu wenig Geld vom Staat erhalten. Zugleich ist seit Jahren von der Expansion der privaten Nachhilfeketten zu lesen, die sich bereits als Partner für den Ganztagsbetrieb der öffentlichen Schulen anbieten. Der fünfte Teil des Privatisierungsreports der GEW nimmt diese beiden Entwicklungen unter die Lupe.
Quelle: GEW [PDF – 580 KB]
14. **In geistiger Geiselhaft**
Die Schweiz erstarrt vor Christoph Blocher. Seine Gegner verzweifeln, seine Partei besteht aus Kopfnickern. Nur schwache Naturen brauchen starke Figuren.
Quelle: Weltwoche

Anmerkung: *Das Beunruhigende an den Wahlen in der Schweiz ist das Aufzeigen einer Möglichkeit, wie bürgerliche Parteien von rechts aufgerollt werden können. Solange rechte Parteien in Deutschland so dämlich sind, sich auch noch NPD zu nennen und sich nicht klar von Sprache und NS- Gedankengut distanzieren können, zeigen ihre “Erfolge” zwar Versäumnisse in Politik und Gesellschaft auf, bleiben aber in ihrer Bedeutung marginal. Der Erfolg von Fortuyn seinerzeit in Holland und von Blocher jetzt in der Schweiz sollte uns aber zu denken geben.*

15. **Sozialbetrüger schröpfen Schweden**
Die Empfänger von Sozialleistungen in Schweden müssen sich auf härtere Kontrollen ihrer Bedürftigkeit einrichten. Grund dafür sind neue Erhebungen, nach denen eine stetig wachsende Zahl der Schweden das für seine Großzügigkeit berühmte Sozialsystem des Landes ausnutzt und den Staat so jährlich um Milliardenbeträge betrügt.
Quelle: FTD

Anmerkung: *Jetzt geht offenbar in Schweden unter der konservativen Regierung*

dieselbe Kampagne gegen „Sozialbetrüger“ los, wie wir sie aus Clements Zeiten kannten.

Anmerkung eines Lesers: *Ganze 6% der Sozialleistungen werden „unrechtmäßig“ abgerufen oder „verschwendet“ – das ist nicht eine vernachlässigbare Restgröße, sondern ein guter Grund für eine reißerische Überschrift und dafür, gleich das ganze Sozialsystem zu verunglimpfen.*

16. **Maybrit Illner und René Obermann: kein Anschluss während dieser Nummer**
Maybrit Illner und René Obermann sind ein Paar! Die Nachricht schlug gestern ein wie ein Telekom-Techniker in einen Schaltkasten.
Quelle: taz

Anmerkung: *Eigentlich ist das wirklich kein Thema für uns. Sollen doch die Talkmasterinnen der Republik sich liieren mit wem sie wollen. Interessant für uns ist nur, dass es die Damen, die mit Ihren Sendungen über die Welt aufklären wollen, in ihrem Privatleben so auffallend häufig zu den Mächtigen in der Wirtschaft drängt.*
Maybrit Illner, die laut ZDF in ihrer Talkshow „die Floskeln der Politiker für die Zuschauer zu übersetzen“ versucht, drängt es zu René Obermann (Spitzname: „Dobermann“), den die Heuschrecke Blackstone zum Telekomchef gemacht hat, damit er dort gründlich aufräumt und große Teile der Telekom in Servicegesellschaften auslagert, um auf diese Weise zum einen den Lohn der Beschäftigten zu drücken und zum andern ihre Arbeitszeit zu verlängern.
Sabine Christiansen, die jahrelang Sonntagabends „eine große Koalition der Systemüberwinder“ einlud, die uns pausenlos einzureden versuchten, dass es „unserer“ Wirtschaft besser gehe, wenn es „der“ Wirtschaft wieder gut gehe und wenn es „der“ Wirtschaft gut gehe, es auch „uns“ wieder gut gehe (Walter von Rossum), hatte – nachdem ihre Kollegin Ulla Kock am Brink ihr ihren Ehemann ausgespannt hatte – zunächst eine Liaison mit dem Bayer-Boss Manfred Schneider bevor sie auf einen französischen Jeanskönig flog.
Nina Ruge („alles wird gut“), die bis vor kurzem die Sendung „Leute heute“ machte, ist mit dem Linde-Chef Wolfgang Reitzle (Autor des Buches „Luxus schafft Wohlstand“) verheiratet.
Unsere „Star“- Moderatorinnen drängt es offenbar auch privat in die Lebenswelten der großen Bosse: „Lebenswelten, die sich beflügeln“ schrieb BILD wohl ungewollt ziemlich treffend.
Man braucht sich zwar am häuslichen Herd in wirtschaftlichen Fragen nicht einig zu sein, um glücklich zu sein, aber jedenfalls dürfte das Verständnis für die unternehmerischen Entscheidungen ihrer Lebensgefährten bei den Damen des Hauses

größer sein, als die Kenntnis der Sorgen und Nöte derjenigen, die von den Entscheidungen ihrer Liebhaber betroffen sind.
Nehmen wir als Beispiel dafür doch nur einmal den Titel der Sendung von Maybrit Illner vom 25.10.2007: „Pfeifen auf die Konjunktur – Sozial ist, was Wähler schafft?“ Das könnte ihr auch René Obermann mal so eben beim Frühstück ins Ohr geflüstert haben.

Siehe dazu auch:

Heimliche Herrscherpaare – Vom Labern zur Liebe
Quelle: taz